



**Grußwort von Frau Staatsministerin Katja Meier
zur Eröffnung der 3. Leipziger Rechtsstaatskonferenz
„The Rule of Law. A New Era of Rule of Law Challenges“, 26. September 2024**

Ich heiße Sie alle herzlich auf dieser dritten Leipziger Rechtsstaatskonferenz willkommen.

Letztes Jahr zur Eröffnung habe ich ein bisschen darüber nachgedacht, dass zuerst die Premiere kommt, beim zweiten Mal dann die Fortsetzung – und sich beim dritten Mal schon eine Art Tradition einstellt.

Eigentlich gefällt mir das Wort in diesem Zusammenhang nicht – denn „Tradition“, da denkt man an feste, starr gewordene Abläufe. Vielleicht auch ein bisschen an Innovationsfeindlichkeit.

Aber ich glaube, da besteht keine Gefahr. Die Leipziger Rechtsstaatskonferenz kennt zwar ein Dauerthema, aber sie kennt kein „business as usual“ – auch dank der tollen Gäste, die wir jedes Jahr einladen, und die auch diesmal wieder das Programm bestreiten. Dafür schon einmal vielen Dank!

Außerdem findet die Leipziger Rechtsstaatskonferenz dieses Jahr unter anderen Vorzeichen statt. Vor knapp vier Wochen haben im Freistaat Sachsen die Wahlen zum 8. Sächsischen Landtag stattgefunden; bereits im Juni haben wir alle ein neues Europa-Parlament gewählt.

Wenn der politische Mehrheitswille dabei derart nach rechts driftet, dann sind das keine guten Nachrichten für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Und das betrifft uns als Europäerinnen und Europäer genauso wie als Sächsinen und Sachsen.

Viele Menschen schenken ihr Vertrauen politischen Kräften, mit deren Demokratie-Festigkeit es nicht weit her ist. Wir erleben, dass der Populismus mit seinen autoritären und nationalistischen Erzählungen verfängt, und um dem etwas entgegenzusetzen, brauchen wir keine nationalen Alleingänge, kein Säbelrasseln und auch keine Symbolpolitik mit verschärften Grenzkontrollen – denn all das verträgt sich in meinen Augen nicht mit der europäischen Idee.

Gegen rigides Grenzdenken war von Anfang an auch diese Leipziger Rechtsstaatskonferenz gerichtet – und deshalb finde ich es schön, dass sie jetzt, nur wenige Wochen nach den Landtagswahlen, wieder stattfindet.

Das Motto in diesem Jahr lautet: „Eine neue Ära der Herausforderungen für die Rechtsstaatlichkeit“, und diese Überschrift ist natürlich aktuellen Entwicklungen geschuldet.

Rechtsstaatlichkeit war und ist einer der zentralen Werte, auf denen die gesamte Idee einer Europäischen Union fußt. Deshalb ist es einfach nur erschreckend, wie sehr dieser Grundwert heute selbst in einigen Mitgliedstaaten missachtet wird – und wie damit auch seine Erosion voranschreitet.

Vor wenigen Jahren haben die beiden US-amerikanischen Politologen Steven Levitzky und Daniel Ziblatt eine Untersuchung mit dem aufrüttelnden Titel „How Democracies Die“ (2018) vorgelegt.

Darin kommen die beiden Autoren zu dem Schluss, dass die meisten demokratischen Zusammenbrüche seit dem Ende des Kalten Krieges nicht durch Armeen, nicht durch Soldaten und Generäle verursacht worden sind, sondern durch gewählte Regierungen.

Zugespißt heißt es in der Studie:

„Democratic backsliding today begins at the ballot box“, die Erosion der Demokratie beginnt also heute an der Wahlurne.

Dieser Befund sollte uns in Alarmbereitschaft versetzen. Denn wenn sich die Feinde der Demokratie immer häufiger der ihnen gegebenen Freiheiten bedienen, um die Demokratie abzuschaffen, dann müssen wir gegensteuern – und dabei alle rechtsstaatlichen Mittel ausschöpfen.

Dabei kann es keinen radikalen Rundumschlag nach dem Hau-drauf-Verfahren geben – weder ist es sinnvoll noch praktikabel, renitente Mitgliedsstaaten einfach „rauszuschmeißen“.

Nach Art. 50 Abs. 1 des Vertrags über die Europäische Union kann jeder Mitgliedsstaat im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten. Ob ein Mitgliedsstaat dagegen bei schwerwiegenden Vertragsverletzungen zum Austritt gezwungen werden kann, darüber gehen die fachlichen Meinungen auseinander.

Ein erzwungener Ausschluss dürfte allenfalls als „ultima ratio“ in Betracht kommen, mit anderen Worten: wenn sich alle anderen Verfahren als unzulänglich erwiesen haben und die Zustände unhaltbar sind.

Wenn solche drastischen Schritte nicht infrage kommen, wie können wir dann dem Rückbau der Demokratie in Europa begegnen?

Da kommen beispielsweise die Vertragsverletzungsfahren nach Artikel 258 und 259 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union infrage; genauso wie das Verfahren nach Art. 7 EUV. Beide sind, so traurig das an dieser Stelle festzuhalten ist, mittlerweile schon mehr oder weniger „an der Tagesordnung“.

Einen weiteren wichtigen Schritt haben das Europäische Parlament und der Europäische Rat mit der seit 1. Januar 2021 geltenden europäischen Verordnung zum Konditionalitäts-Mechanismus getan.

Damit können jetzt bei Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit Zahlungen an den betreffenden Mitgliedstaat ausgesetzt werden, um eine ordnungsgemäße Verwendung von EU-Mitteln zu gewährleisten.

Grundsätzlich könnte dieser Mechanismus auch auf regionale Regierungen, zum Beispiel in den deutschen Bundesländern angewandt werden – zu diesem Schluss kommt jedenfalls das Jacques-Delors-Centre in einer aktuellen Analyse.

Ich denke, wir sollten uns aber auch dafür interessieren, was sich auf nationaler Ebene tun lässt – denn es sollte nicht bloß europäischen Institutionen vorbehalten sein, sich für die europäische Demokratie zu engagieren.

Wohin Europa steuert, ist auch unser Thema – nicht erst seit den jüngsten Landtagswahlen.

Können wir uns unserer offenen, freiheitlichen Zustände absolut sicher sein – oder verkennen wir hier möglicherweise die Anfänge einer Entwicklung, wie sie Polen seit Ende 2015 genommen hat?

Ich denke, wir dürfen uns in dieser Frage keine Überheblichkeit leisten.

Nicht, wenn die Rechtspopulisten einen derartigen Aufschwung haben.

Nicht, wenn sie sich in manchen Kommunen schon laut und selbstbewusst als die Mehrheit inszenieren!

Nicht, wenn im Freistaat Sachsen friedliche Veranstaltungen im Geist von Vielfalt wie der Christopher-Street Day nur noch unter Polizeischutz stattfinden!

Nicht, wenn im Wahlkampf so massiv gehetzt und gepöbelt, und so unverhohlen Stimmung gegen die Europäische Union gemacht wird!

Deswegen sollten wir uns in die Verantwortung nehmen – und gemeinsam dafür einstehen, was uns Rechtsstaatlichkeit bedeutet.

Sachsen hat im April ein Gesetz zur Stärkung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst erlassen. Damit können wir Maßnahmen ergreifen, um die Verfassungstreue einer Person vor ihrer Berufung in das Beamtenverhältnis besser zu überprüfen.

Mit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Wehrhafter Rechtsstaat“ existiert ein eigenes Gremium, das der Frage nachgeht, wie wir die freiheitliche demokratische Grundordnung besser gegen Verfassungsfeinde schützen können.

Außerdem können wir auf eine wache und engagierte Zivilgesellschaft bauen.

Diese Zivilgesellschaft besteht natürlich nicht nur aus Juristinnen und Juristen, die sich ohne Probleme einen Pfad durch die einschlägige Fachliteratur schlagen.

Das ist auch gar keine zwingende Voraussetzung. Es kommt auf etwas Anderes an: darauf, dass die Menschen ein Gespür dafür besitzen, wenn die Demokratie gefährdet ist. Und wie wir aus aktuellen Umfragen wissen, schätzt ein großer Teil der Bevölkerung diese Gefährdungslage im Moment als hoch bzw. sehr hoch ein.¹

Wir müssen an dieser Stelle weiter sensibilisieren und Vermittlungsarbeit leisten.

Daran erinnern, dass Demokratie kein Geschenk ist, „das man bekommt und einfach behalten kann“, sondern „ein Auftrag, an dem wir ständig mitwirken müssen“ – so hat es der Bundesjustizminister vor wenigen Monaten in einem Interview formuliert.²

Und wir sollten parteiübergreifend ganz klar kommunizieren, welche Auswirkungen ein Abbau von Rechtsstaatlichkeit hätte.

Polen hat uns das im vergangenen Herbst vorgemacht. Als eine der Hauptursachen für die Verluste der PiS bei den letzten Parlamentswahlen gilt nämlich auch die Verschärfung des Abtreibungsrechts.

Noch einige Wochen vor der Wahl wollte nur knapp die Hälfte aller Polinnen wählen gehen – zahlreiche Appelle und Kampagnen haben hier aber Wirkung gezeigt, so dass am Ende knapp 75% aller polnischen Frauen ihre Stimme abgegeben haben.

¹ ROLAND Rechtsreport 2024, S. 35, abrufbar unter [Presse-Informationen, Geschäftsberichte, Bilder & mehr \(roland-rechtsschutz.de\)](https://www.roland-rechtsschutz.de).

² Interview Dr. Marco Buschmann mit dem Göttinger Tageblatt, 25.04.2024, abrufbar unter [BMJ - Reden, Interviews und Gastbeiträge - Wie resilient ist unser Rechtsstaat?](https://www.gottinger-tageblatt.de)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Spot zum Thema „Leise waren wir bereits“, den die polnische Organisation Inicjatywa Wschód wenige Wochen vor der Wahl geschaltet hat. Der Spot zeigt die Probleme alleinerziehender Mütter und junger schwangerer Frauen, er zeigt Bilder von Lehrern und Erziehern, allesamt verschnitten mit O-Tönen aus der Politik.

Dieser eindringlichen, aufrüttelnden Botschaft konnte man sich nur schwer entziehen – egal, ob man sich politisch eher links oder in der bürgerlichen Mitte verortet hätte.

Es gibt auch in Deutschland solche Initiativen – zum Beispiel das, was der Verein Demopuk e.V. unter dem Hashtag #AfdNnee postet. Hier werden politische Aussagen der rechtsextremen AfD möglichen Auswirkungen gegenübergestellt – man begreift dabei sehr schnell, wieso diese Partei niemals in eine Regierungsverantwortung kommen darf.

Dieses Anliegen ist nicht nur die Sache einer Kampagne, eines Ressorts oder einer Fachöffentlichkeit.

Das geht alle an – die Zivilgesellschaft, die Politik, die Wissenschaft und natürlich auch die juristische Praxis.

Und deshalb freue ich mich, Sie alle hier in Leipzig zu begrüßen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Heute und morgen tragen Sie alle gemeinsam zu einer Stärkung europäischer Rechtsstaatskultur bei:

Indem Sie sich dem grenzüberschreitenden Dialog stellen. Indem Sie Input und neue Anregungen aus den Panels und den Gesprächen mit nach Hause nehmen. Und indem Sie gemeinsam mit uns weiter an diesem Thema dranbleiben.

Ich danke der Universität Leipzig, die diese Veranstaltung mit uns zusammen in bewährter Manier vorbereitet hat – sie stellt auch die Technik bereit, übernimmt die Verdolmetschung und lässt uns diese wunderbare Aula nutzen.

Ich freue mich auf die Diskussionen und wünsche uns allen zusammen eine schöne Zeit hier in Leipzig. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.